

Keine Auslieferung nach Ungarn – Ein Appell an die französische Justiz!

Am 7. Oktober findet eine letzte Anhörung von Zaid A. vor einem Pariser Gericht zur Frage statt, ob Zaid nach Ungarn ausgeliefert wird oder nicht.

Wir sagen entschieden: **Das darf nicht passieren. Zaid muss in Frankreich bleiben!**

Zaid A. ist in Deutschland aufgewachsen. Er hat sich im Februar 2025 zusammen mit anderen Beschuldigten im Budapest-Komplex freiwillig in Deutschland gestellt. Aber der Generalbundesanwalt hatte kein Interesse, gegen ihn ein Verfahren in Deutschland zu eröffnen, vermutlich weil Zaid keinen deutschen Pass hatte, so drohte ihm weiterhin die Auslieferung nach Ungarn. Zaid ging daher nach Frankreich, um eine Perspektive zu bekommen und im Vertrauen auf die französische Justiz, die in früheren Verfahren aus guten Gründen gegen eine Auslieferung nach Ungarn entschieden hatte.

An diesen Gründen hat sich nichts geändert. Wie wir bei Maja (und vielen anderen Inhaftierten) sehen, sind die Haftbedingungen in Ungarn bis heute unmenschlich und verstoßen massiv gegen europäische Rechtsnormen. Daran hat sich durch den Regierungswechsel nichts geändert. Zudem ist davon auszugehen, dass Zaid als nicht-europäischer Staatsbürger in ungarischer Haft zusätzlichen Gefährdungen ausgesetzt wäre. Und bis heute hat Ungarn die von Orban angeordnete absurde Einstufung der Körperverletzungen als terroristische Aktivitäten nicht zurückgenommen. Orban ist zwar abgewählt, aber die fehlende Unabhängigkeit der Gerichte ist immer noch Realität. Wer kann da ein rechtsstaatliches Verfahren erwarten?

Wir appellieren an die verantwortlichen Richter: liefern Sie Zaid A. nicht an Ungarn aus!

Maja ist durch deutsche Behörden rechtswidrig ausgeliefert worden. Majas Grundrecht nach Artikel 4 der Charta der Europäischen Union (Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung) wurde durch die Auslieferung, aber auch durch die Haftbedingungen in Ungarn anhaltend verletzt. Das war und ist eine Schande für die deutsche Justiz.

Wir vertrauen und hoffen, dass die französische Justiz stabil bleibt und europäische Grundrechte weiter verteidigt.